Deutscher Bundestag **Drucksache 17/9175**

17. Wahlperiode 28. 03. 2012

Antrag

der Abgeordneten Bärbel Höhn, Dr. Hermann E. Ott, Hans-Josef Fell, Sylvia Kotting-Uhl, Oliver Krischer, Undine Kurth (Quedlinburg), Nicole Maisch, Dorothea Steiner, Cornelia Behm, Harald Ebner, Bettina Herlitzius, Dr. Anton Hofreiter, Stephan Kühn, Friedrich Ostendorff, Claudia Roth (Augsburg), Daniela Wagner, Dr. Valerie Wilms und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

EU-Klimaziel anheben – 30 Prozent Emissionsminderung bis 2020

Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

– sich in der Europäischen Union nachdrücklich für eine Anhebung des europäischen Klimaschutzziels von derzeit 20 Prozent auf 30 Prozent Emissionsminderung bis 2020 einzusetzen und gemeinsam mit der dänischen Ratspräsidentschaft schnellstmöglich einen Vorstoß in diese Richtung zu unternehmen;

– die Zusammenarbeit mit Polen auf dem Gebiet des Klimaschutzes weiter zu intensivieren und Polen konkrete Unterstützung bei der Realisierung anspruchsvollerer Klimaziele anzubieten, um die polnischen Bedenken gegen das 30-Prozent-Ziel auszuräumen.

Berlin, den 27. März 2012

Renate Künast, JürgenTrittin und Fraktion

Begründung

Die europäische Klimapolitik steht vor einer zentralen Weichenstellung, die entscheidenden Einfluss auf den Erfolg der Energiewende in Deutschland, auf die internationalen Klimaschutzverhandlungen und auf die Stabilisierung des Europäischen Emissionshandelssystems haben wird. Das Zeitfenster, in dem die lange diskutierte Anhebung des EU-Klimaschutzziels auf 30 Prozent Emissionsminderung bis 2020 gegenüber 1990 beschlossen und umgesetzt werden kann, schließt sich zusehends. Eine entsprechende Initiative der dänischen Ratspräsidentschaft wurde auf der Sitzung des Umweltministerrats vom 9. März 2012 von Deutschland und 25 anderen Mitgliedstaaten unterstützt, ist jedoch an der Ablehnung Polens gescheitert. Jetzt kommt es darauf an, die enge Zusammenarbeit mit Polen auf dem Gebiet des Klimaschutzes weiter zu intensivieren, Polen konkrete Unterstützung bei der Realisierung anspruchsvollerer EU-Klimaziele anzubieten und die polnischen Bedenken gegen das notwendige 30-Prozent-Ziel auszuräumen.

Eine Anhebung des europäischen Klimaziels ist von zentraler Bedeutung für alle Ebenen des Klimaschutzes.

International wäre eine solche Initiative ein sehr wichtiges Zeichen, dass das Ergebnis der UN-Klimakonferenz von Durban einen positiven Widerhall in der europäischen Klimaschutzpolitik gefunden hat, indem Europa seine Klimaschutzanstrengungen weiter verstärkt. Dies würde die europäische Vorreiterolle untermauern und die neue und gewinnbringende Allianz der Europäischen Union mit den Entwicklungsländern auch im Rahmen der Cartagena Group stärken.

Auf europäischer Ebene würde sich die Erhöhung des Klimaziels auf minus 30 Prozent stabilisierend auf den dramatisch eingebrochenen Preis der Emissionszertifikate des europäischen Emissionshandelssystems auswirken. Dadurch würden die vom Emissionshandel ausgehenden Anreize für die notwendigen Investitionen in Klimaschutz, in Energieeffizienz und in erneuerbare Energien verstärkt. Zugleich würden die Einnahmen aus der Versteigerung von Emissionshandelszertifikaten stabilisiert, aus denen die Bundesregierung zentrale Projekte zur Unterstützung der Energiewende und des internationalen Klimaschutzes finanzieren will.

In Deutschland würde die Erhöhung des europäischen Klimaziels auf 30 Prozent einen erheblichen Beitrag dazu leisten, dass Deutschland sein nationales Klimaziel von minus 40 Prozent bis 2020 auch erreichen kann. Aktuelle Untersuchungen zeigen, dass dieses Ziel mit den bislang beschlossenen Maßnahmen noch nicht erreicht wird. Zwischenergebnisse aus den Modellierungsarbeiten im Projekt „Politikszenarien für den Klimaschutz VI“ für das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit und das Umweltbundesamt, an dem u. a. das Öko-Institut e. V., das Fraunhofer Institut für System- und Innovationsforschung (ISI) und andere mitwirken, kommen zu dem Ergebnis, dass mit den beschlossenen Maßnahmen bis 2020 eine Emissionsreduktion von nur 35 Prozent gegenüber 1990 zu erwarten sei. Im Zwischenbericht wird weiter ausgeführt, dass mit zusätzlichen Maßnahmen die Treibhausgasemissionen bis 2020 um etwas über 40 Prozent gegenüber 1990 reduziert werden könnten wie z. B. durch ambitionierte Emissionsminderungsziele im europäischen Emissionshandelssystem.

In ihrer Antwort auf die Kleine Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN „Erfolg der nationalen Klimapolitik in Abhängigkeit vom europäischen Klimaziel“ (Bundestagsdrucksache 17/8689) hat die Bundesregierung sich grundsätzlich positiv zur Erhöhung des europäischen Klimaziels geäußert, jedoch Bedingungen für die Umsetzung genannt, die bei einer solchen Initiative Gegenstand der europäischen Beratungen wären. In der Antwort der Bundesregierung heißt es entsprechend: „Eine Anhebung des EU-Klimaziels auf 30 Prozent trägt die Bundesregierung auf Basis des nationalen 40-Prozent-Ziels dann mit, wenn keine darüber hinausgehenden Emissionsminderungen von Deutschland verlangt werden und alle EU-Mitgliedstaaten einen fairen Beitrag leisten.“ Deutschland hat eine entscheidende Stimme im Europäischen Rat – jetzt kommt es darauf an, dass sich die Bundesregierung in der EU nachdrücklich für die Anhebung des Klimaziels einsetzt.

Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin, www.heenemann-druck.de
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 10 05 34, 50445 Köln, Telefon (02 21) 97 66 83 40, Fax (02 21) 97 66 83 44, www.betrifft-gesetze.de
ISSN 0722-8333